DEUTSCHE BÜRGER – EINSCHLIEßLICH BÜRGER JÜDISCHER RELIGION -

 VERURTEILEN DEN MASSENMORD ISRAELS IM GAZA

 OFFENER BRIEF AN BUNDESKANZLER OLAF SCHOLZ

Folgende Organisationen:

* Aachener für eine menschliche Zukunft
* Aachener Bürgerinitiative „Gute Nachbarschaft mit Russland“
* „NATO raus.-raus aus der NATO“

fordern in einem Offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz einen Waffenstillstand im Krieg Israels gegen Gaza:

Werter Herr Bundeskanzler!

Nach einem Bericht der 'Berliner Zeitung' von heute finden Sie die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand oder einer längeren Kampfpause nicht richtig, „weil das ja letztendlich bedeutet, dass Israel die Hamas sich erholen lassen soll"

Sie wissen sehr genau, dass Ihre Begründung für die Ablehnung eines Waffenstillstandes im Krieg Israels gegen Gaza auf tönernen Füßen steht, da dieser Krieg eines waffenstarrenden 'Goliaths' gegen einen nur mit einer 'Schleuder' bewaffneten 'David' zum Tod, Verwundung, Traumatisierung, Obdachlosigkeit und Flucht von Zehntausenden unschuldiger Menschen im Gaza-Streifen geführt hat und weiterhin führt. Nach UN-Angaben haben israelische Bombenteppiche im Gazastreifen allein bis zum 9. November über 10.000 Menschen  getötet, darunter allein über 4.400 Kinder.

**Ihre Zurückhaltung in der Frage eines Waffenstillstandes ist unbegreiflich. Da hilft auch nicht, die sog. "Staatsräson" vermeintlich im Rücken zu haben**.

Wir verurteilen den menschenverachtenden Angriff der Hamas auf israelische Menschen; die israelische Reaktion jedoch müssen wir Völkermord nennen. Es ist uns unbegreiflich, wie Menschen, die sich Juden nennen, an denen das Hitler-Deutschland grausamsten Völkermord begangen hat, nun ihrerseits derart mörderisch handeln. Der oberste Repräsentant Israels, Premierminister Netanjahu, kann sagen „Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen“ und kaum ein Repräsentant des 'Wertewestens' protestiert, im Gegenteil: Sie z.B. lassen der israelischen Regierung freie Hand, das Morden fortzusetzen. Das ist unverantwortlich!

Wir fordern Sie auf, Ihre Haltung zu ändern und für Waffenstillstand in diesem Krieg einzutreten.

Friedliche Grüße!

Helene + Dr. Ansgar Klein

Rosengarten 11, 52146 Würselen, Tel.: 02405 72112

Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost” nahm am 10.10. Stellung zu den Geschehnissen im Gazastreifen seit dem 7. Oktober.

Sie erklärte, sie sei “voller Trauer um die Toten, in Gedanken bei den Trauernden und Verletzten, voller Angst um Freund :innen und Verwandte in ganz Israel-Palästina.”

Was nun geschehen sei, “glich einem Gefängnisausbruch, nachdem die Insassen zur lebenslangen Haft verurteilt wurden, nur weil sie PalästinenserInnen sind.” Die israelische Regierung habe eine Kriegserklärung abgegeben, doch der Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung dauere “schon 75 Jahre”. “Vertreibung, Bom-bardements, Verhungern, Verdursten, Beschränkung von Essen, Strom, Wasser“.

“Viele in Deutschland zeigen sich gerade solidarisch mit Israel, mit einem Apartheidstaat, der eine rassistische Politik gegen das palästinensische Volk ausübt, die schon Zehntausende das Leben gekostet hat. Doch wer das Blutvergießen tatsächlich beenden möchte, muss sich für eine radikale Veränderung der bisherigen Politik einsetzen, damit alle Menschen in Freiheit leben können.”, heißt es in der Erklärung.

https://www.jungewelt.de/artikel/460840.j%C3%BCdische-stimme-zum-gaza-krieg-und-der-gewalt-in-israel.html

 Abraham Melzer äußerte sich stellvertretend für viele Menschen jüdischen Glaubens

ebenfalls zu diesen Völkermord Israels gegen palästinensische Bürger im Gaza :

„Ich unterstütze voll und ganz diesen Brief ( Brief von Helene u. Dr. Ansgar Klein ) und fordere ebenfalls auf, endlich auf Distanz zu Israel zu gehen. Mit einer nicht erlaubten Genehmigung zum Massenmord, helfen Sie Israel nicht, sondern versuchen das deutsche Gewissen zu entlasten. Wenn auch die Juden zu Massenmord fähig sind, dann sind wir Deutsche weniger schuldig “.

 **Offener Brief der „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ an**

 **Bundeskanzler Olaf Scholz**

Auch die „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ schließen sich dem Offenen Brief der Organisationen:

* Aacher für eine menschliche Zukunft,
* Aacher Bürgerinitiative „Gute Nachbarschaft mit Russland“ und
* „NATO raus- raus aus der NATO

initiiert von Helene und Dr. Ansgar Klein aus 52146 Würselen

an Sie, Herr Bundeskanzler, so wie auch dem Brief von Jens Löwe an den Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann, im Anhang unseres Briefes einzusehen, an.

Wir möchten im Zusammenhang der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern auf eines der Hauptziele der UNO aufmerksam machen, das Prinzip der Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Artikel 1, Ziffer 2 und Artikel 55 der UNO – Charta.

Wegweisend dafür war die Resolution 2074 (XX) vom 17.12.65, die die Apartheid-Politik und die Rassendiskriminierung der Regierung der Republik Südafrikas als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilte.

Bereits am 11.12.46 erkannte die Vollversammlung der UNO den Völkermord als schwerstes Verbrechen gegen die Menschheit. an und 2 Jahre später, am 9.12.48, nahm die UNO die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes an.

Das Delikt des Völkermordes trifft auch auf das gegenwärtige Vorgehen Israels gegen die Bevölkerung Palästinas im Gaza zu.

Wenn seit dem 7. Oktober 2023 nach Angaben des UNO-Generalsekretärs António Guterres im Gaza von Israel mehr als 10 000 palästinensische Zivilisten - überwiegend Frauen und Kinder – und mehr als 100 UNO – Mitglieder und Journalisten, sowie mehr als 100 Ärzte, getötet wurden und nur noch 1 Krankenhaus von 50 Krankenhäusern in Betrieb ist, weil kein Treibstoff für Strom mehr vorhanden ist, dann ist die Grenze des Unerträglichen längst überschritten.

Obzwar am 7. Oktober 2023 palästinensische Organisationen des Gazas israelische Geiseln genommen haben, um sie gegen die jahrelang in israelischen Sicherheitsgefängnissen ohne Anklage inhaftierten palästinensischen Gefangenen -darunter sogar minderjährige Kinder – auszutauschen, ist dieser Umstand kein Freibrief für Israel, aus Rache Völkermord an den Palästinensern im Gaza zu begehen.

Und schon gar nicht kann sich Israel, von zahlreichen UNO-Resolutionen bis heute als Okkupationsmacht angeprangert, unter diesen Umständen auf das im Artikel 51 der UNO-Charta fixierte Recht der Selbstverteidigung berufen.

Jens Löwe hat in seinem kürzlichen Brief an den Bundesjustizminister 78 UNO –Resolutionen gegen Israel von 1955-2013 aufgelistet, in denen Israel aufgerufen wird:

1. die von ihm okkupierten Gebiete wieder den Palästinensern, bzw. Staaten ( syrische Golanhöhen ) zurückzugeben, bzw.
2. die Rechte der palästinensischen Bevölkerung in den von ihnen okkupierten Gebieten zu achten.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von der UNO -Generalversammlung am 10.12.48 in Paris angenommen und in die Verfassung vieler Staaten der Welt aufgenommen wurde - einschließlich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – heißt es :“

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten“

Mit anderen Worten, sind diese dort formulierten Menschenrechte, Menschen gleich welcher Hautfarbe und Religion, bzw. Geschlecht, zu achten und gleich zu behandeln, sowohl im Völkerrecht, als auch im Grundgesetz, verankert..

**https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf**

Von ihnen, Herr Olaf Scholz, als gewählter Bundeskanzler Deutschlands, sowie anderen führenden Politikern an der Spitze unseres Staates, erwarten die Bürger Deutschlands als erstes, dass sie internationale und nationale Gesetze kennen und einhalten.

Erst dann kann man von deutschen Staatsbürgern ein gutes Verhältnis zu ihrem Staat und die Einhaltung gesetzlicher Normen einfordern !

Mit freundlichen Grüßen und einer Antwort Ihrerseits entgegensehend

Brigitte Queck, i. A. „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ (Vorsitzende )

Potsdam, Humboldtring 11, 14473 Potsdam, T/F/A: 0331 71 17 71 am 13.11.2023